

bungen der KPD/SED bestenfalls verzögern oder mäßigen. Allerdings besaßen „die Blockausschüsse . . . formal weder legislative noch administrative Befugnisse; sie waren politische Beratungsorgane und sollten die einheitliche Sprachregelung der vier antifaschistischen Parteiorganisationen gewährleisten^{*1}“. Auf keinen Fall sollte indessen die Beteiligung der beiden bürgerlichen Parteien an der „Einheitsfront“ von Anfang an und in Bausch und Bogen verurteilt werden. „Die Teilnahme an der ‚Einheitsfront‘ war die von der SM AD gestellte *conditio sine qua non* für die Zulassung und das Fortbestehen der Parteien. Die Alternative dazu war der Verzicht der Demokraten auf parteipolitische Betätigung. Bei der Wahl für die ‚Einheitsfront‘ hat die CDU von Beginn an den möglichen Spielraum in Anspruch genommen. Die Zusammenarbeit der Parteien verlief (in der ersten Nachkriegszeit — Der Verf.) keineswegs reibungslos oder einseitig nach kommunistischen Absichten^{*2}.“ Es wäre also irrig, im „Antifa-Block“ ein Instrument zu erblicken, das von Anfang an allein den Kommunisten beziehungsweise der sowjetischen Besatzungsmacht genutzt hätte. „In der ‚Einheitsfront‘ war die CDU mit ihren eigenen politischen Anschauungen präsent und konnte sich, gerade weil die Sowjets politische Probleme hier durch ihr Sprachrohr, die KPD₃ erörtern lassen wollten, gegen kommunistische Initiativen und Entschlüsse wenden, ohne dabei den Anschein eines direkten Zusammenstoßes mit der Besatzungsmacht hervorzurufen^{61 62 63}.“ Ohne die „Einheitsfront“ hätte selbst diese freilich mehr als bescheidene Einflußmöglichkeit, die sich den nichtsozialistischen Parteien bot, nicht bestanden.

Solange über kommunalpolitische oder über wirtschaftliche Fragen des Wiederaufbaus zu entscheiden war, ging die „Blockpolitik“ fast reibungslos vor sich. Spannungen und Konflikte ergaben sich immer, wenn die Kommunisten versuchten, bei der Durchsetzung eigener politischer Ziele die bürgerlichen Parteien durch deren Bindung im „Antifa-Block“ zu überspielen. Bedenken grundsätzlicher Art gegen diese Gefahr äußerte erstmals der damalige Vorsitzende der CDU, Dr. Andreas Hermes, als er im November 1945 zu verstehen gab: „Das Zusammenwirken verschiedener Parteien an einer gemeinsamen Aufgabe bedeutet gewiß keinen Widerspruch zur Demokratie. Allerdings setzt eine solche gemeinsame Arbeit ein Höchstmaß gegen-

61 Ernst Richert „Agitation und Propaganda“, S. 23.

62 Peter Hermes „Die Christlich-Demokratische Union und die Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands im Jahre 1945“, Saarbrücken 1963, S. 64.

63 Ebenda, S. 66.